

Zeitung für das Dilltal.

Amtliches Kreisblatt für den Dillkreis.

Druck und Verlag der Buchdruckerei E. Weidenbach in Dillenburg.
Geschäftsstelle: Schulstrasse 1. Fernruf: Dillenburg Nr. 24.

Anzeigenpreise: Die kleine 6-gg. Zeile 20 Pfennig, lokale geschäftliche Anzeigen 15 Pfennig, die Restamenzelle 60 Pfennig. Bei Wiederholungs-Aufnahmen Rabatt oder günstige Zeilen-Abschlüsse. Offertenscheine oder Auskunft durch Geschäftsstelle 25 Pfennig.

Nr. 17

Montag, den 21. Januar 1918

78. Jahrgang

Eine Einigung über den Friedensvertrag mit der Ukraine.

Einigung mit der Ukraine.

Brest-Litowsk, 20. Jan. (W.B.) Die bisherigen Verhandlungen, die zwischen den Delegationen der Mittelmächte einerseits und der ukrainischen Volksrepublik andererseits geführt worden sind, haben das Ergebnis erzielt, daß über die Grundlagen eines abzuschließenden Friedensvertrages Einigung erzielt worden ist. Der Kriegszustand soll für beendet erklärt und der Einfluß der Parteien bekräftigt werden, fortan in Frieden und Freundschaft miteinander zu leben. Die an der Front gegenüberstehenden Truppen sollen mit Friedensschluß zurückgezogen werden. Alle Beteiligten sind darüber einig, daß der abzuschließende Friedensvertrag für die sofortige Aufnahme eines geregten wirtschaftlichen und rechtlichen Verkehrs Vorsorge zu treffen haben wird. Auch diplomatische und konsularische Beziehungen sollen alsbald aufgenommen werden. Mit Feststellung der wesentlichen Grundzüge des Friedensvertrages sind die Verhandlungen an einem Punkt angelangt, der es den Delegationen zur Pflicht macht, mit den heimischen verantwortlichen Stellen in Erfahrung zu treten. Ein Teil der bevollmächtigten Vertreter sieht sich veranlaßt, diesen Stellen persönlich über den Gang der Verhandlungen Bericht zu erstatten und deren Zustimmung zu dem Vereinbarten einzufordern. Alle Delegationen sind darüber einig, daß die hierdurch notwendig werdende Auslegung der Verhandlung so kurz als möglich bemessen sein soll. Sie haben sich daher zugesagt, sofort nach Brest-Litowsk zurückzukehren und sind einverstanden, sodann im Rahmen der ihnen erteilten Ermächtigungen den Friedensvertrag abzuschließen und zu unterzeichnen. Hiermit ist es zum ersten Male in diesem weiterschütternden Kriege gelungen, die Grundlagen zur Herstellung des Friedenszustandes zu finden.

Die Verhandlungen in Brest-Litowsk.

Brest-Litowsk, 18. Jan. (W.B.) Die wegen eines leichten Unwohlseins des Ministers Czernin auf zwei Tage unterbrochenen Besprechungen der Kommission zur Regelung der politischen und territorialen Fragen wurden heute vormittag und nachmittag fortgesetzt. In der bei der letzten Sitzung angeschnittenen Frage betr. die Rückkehr der aus den besetzten Gebieten während des Krieges ausgewanderten wiederholte Staatssekretär v. Kühlmann, daß die Mittelmächte im Prinzip mit dem Gedanken der Rückwanderung einverstanden seien und daß die praktische Durchführung einer Repatriierung am besten der Kommission zu übertragen wäre, die mit dem Umtausch der Zwangsgefangenen beschäftigt ist. Auf die Anfrage des Staatssekretärs v. Kühlmann, ob es der russischen Regierung möglich sein werde, sich über die in Betracht kommenden Emigranten nachzuweisen darüber zu verschaffen, daß sie vor ihrer Abwanderung in den fraglichen Gebieten gelebt haben, erwiderte Herr Trojki, daß diese Fischlinge und Ewakuirten derzeit in Russland in Landmannschaften zusammengefaßt seien, deren Zentralorgane zweifellos die Möglichkeit besitzen, diesen Nachweis zu liefern.

Zu dieser Punkt hiermit befriedigend erledigt war, ging die Kommission auf die Besprechung der Frage über, in welcher Weise die Zustimmung über die staatliche Zukunft derjenigen besetzten Gebiete erfolgen sollte, denen Russland das Selbstbestimmungsrecht eingeräumt hat. Deutscherseits wurde darauf hingewiesen, daß das von der russischen Delegation hierfür beantragte Referendum dem Entwicklungsstand der Bevölkerung dieser Gebiete nicht entspreche und daß es richtiger wäre, die in den fraglichen Territorien bestehenden Vertretungsorgane durch Wahlen auf breiter Grundlage derart zu ergänzen und zu erweitern, daß sie tatsächlich als Vertretung der gesamten Bevölkerung angesehen werden könnten. Demgegenüber bemerkte Trojki, daß die russische Delegation an ihrem Antrag festhalte, daß nur das Referendum über die staatliche Zukunft dieser Länder entscheiden solle.

In Erwiderung hierauf wies Herr v. Kühlmann erneut auf das Bestreben der Mittelmächte hin, den breiten Schichten der Bevölkerung dieser Gebiete einen immer zunehmenden Einfluß auf die Politik einzuräumen. Was unbedingt gewahrt werden müsse, sei die Aufrechterhaltung der Ordnung innerhalb der Uebergangszeit. Das, was verhindert werden müsse, sei die Ausbreitung der Revolution auf diese schon von dem Krieg genug heimgesuchten Gegenden.

Eine weitere Erörterung dieser Frage wurde darauf vertagt und zu der Besprechung des Umfangs der unter Artikel 2 des deutsch-österreichisch-ungarischen Entwurfes fallenden Gebiete übergegangen. Auf Einladung des Vorsitzenden legte hierauf General Hoffmann eine Karte vor, die die betreffenden Einzelnungen für das Gebiet zwischen

der Ostsee und Brest-Litowsk enthielt. Auf die Bemerkung, daß die südlich von Brest-Litowsk liegenden Territorien in dieser Karte nicht berücksichtigt seien, da hierüber Verhandlungen mit der ukrainischen Delegation schwebten, sah sich Herr Trojki zu folgender Begenerklärung veranlaßt: Wie ich schon zweimal bemerkte, und zwar bei Gelegenheit der Anerkennung der ukrainischen Delegation, ist der Prozeß der Selbstbestimmung der Ukrainer noch nicht so weit gediehen, daß die Frage der Abgrenzung zwischen uns und der neuen Republik bereits als durchgeführt angesehen werden könnte. Ich habe schon damals bemerkt, daß dies keine Schwierigkeiten in den Verhandlungen geben wird, da nach unseren Grundzügen die Grenzen bestimmt werden durch den Willen der drei Rassen der Bevölkerung, die daran interessiert sind. In jedem Einzelfalle würde es einer Einigung zwischen uns und der ukrainischen Delegation bedürfen. Dies bezieht sich natürlich auch in vollem Umfange auf die Gebiete südlich von Brest-Litowsk.

Im Zusammenhange hiermit brachte der Vorsitzende der österreichisch-ungarischen Delegation das Thema der durch die österreichisch-ungarischen Truppen besetzten Gebiete zur Sprache und ersuchte den Vorsitzenden der russischen Delegation um Aufklärung darüber, ob die hierauf bezüglichen Verhandlungen mit der Petersburger Regierung offen, wie dies die ukrainische Delegation wünsche, nur mit dieser allein zu führen seien. Auf hierauf erwiderte Herr Trojki, daß der ukrainischen Delegation eine einseitige und selbständige Behandlung dieser Frage nicht zustanden werden könne, worauf Graf Czernin sich die weitere Besprechung dieser Frage bis nach der binnen kurzer Zeit zu erwartenden Erklärung der Kommissionsfrage zwischen der russischen und der ukrainischen Delegation vorbehielt. Im Laufe der Besprechung vom Vormittag ersuchte der Staatssekretär v. Kühlmann um Aufklärung über das Verhältnis des Kaukasus zur Petersburger Regierung. Hierauf gab Herr Trojki nachstehende Auskunft: Die Kaukasus-Armee steht in vollem Umfange unter dem Befehl von Gorkow, die dem Räte der Volkskommissare unbedingt ergeben sind. Es wurde vor etwa zwei Wochen bestätigt auf dem allgemeinen Kongreß der Delegierten der Kaukasus-Front. Eine weitere Frage des Staatssekretärs v. Kühlmann hatte die Kalandsinseln zum Gegenstand, und Herr v. Kühlmann führte dabei aus, die Kalandsfrage sei für Deutschland als einem der Mitunterzeichner eines alten Vertrages bedeutsam. Zunächst sei die Vorfrage zu lösen, ob das Kalandsproblem nach wie vor von der Petersburger Regierung behandelt werde, oder ob jetzt die von mehreren Mächten anerkannte finnische Republik international als zur Vertretung der die Kalandsinseln betreffenden Fragen berechtigt zu betrachten sei.

Nachdem Herr Trojki erklärt hatte, daß die Proklamierung der staatlichen Unabhängigkeit Finnlands bisher keinerlei Veränderung in der Frage der Kalandsinseln hervorgerufen habe, wies Staatssekretär v. Kühlmann darauf hin, daß aus dem Kalandsvertrage, dessen Unterchriften aus einer rein historischen Konstellation, nämlich der des Krieges zu erklären seien, für Deutschland individuelle Rechte erwachsen, deren Anerkennung in dem Friedensvertrage eine deutsche Forderung darstellen würde. Russland würde durch eine solche Anerkennung nichts aufgeben, was es vor dem Kriege beisehen hätte, wenn man nicht etwa behaupten wolle, daß die vertragswidrige Besetzung der Kalandsinseln während des Krieges und der durch die heutige Regierung aufgedeckte Versuch des zaristischen Regimes, die vertragswidrige Besetzung zu einem dauernden Recht zu erheben, irgend ein neues Recht in dieser Frage geschaffen hätten. Im übrigen sei es im Interesse der Aufrechterhaltung der Harmonie unter den die Ostsee anwohnenden Völkern ein deutscher Wunsch, daß bei der Erneuerung der betr. Vertragsbestimmungen die Anwohner der Ostsee, insbesondere das durch seine geographische Lage an der Spitze in hervorragendem Maße interessierte Schweden zur Mitberatung und Mitunterzeichnung herangezogen werden. Schweden sei zwar bei den gegenwärtigen Beratungen nicht vertreten, er habe aber Grund zu der Annahme, daß die Wünsche des schwedischen Volkes, wenn es auch bei den gegenwärtigen Beratungen nicht vertreten sei, sich in dieser Richtung bewegen. Herr Trojki bezieht sich eine Antwort auf diese Anregungen für später vor.

Am Schlusse der Nachmittagsitzung erklärte Herr Trojki, aus innerpolitischen Gründen sich für die Dauer einer Woche nach Petersburg begeben zu müssen, weshalb er die Vertagung der Beratungen der politischen Kommission bis zum 29. Januar vorschläge. Mit seiner Abreise gehe die Führung der russischen Delegation auf Herrn Joffe über. Auf Seiten der Mittelmächte wurde diese Erklärung zur Kenntnis genommen und der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß nach der Rückkehr Herrn Trojki's eine volle Einigung zu erzielen wäre.

Die Wirtschaftskommission, die heute unverbindliche vertrauliche Besprechungen hatte, setzte ihre erste offizielle Sitzung am Samstag vormittag 11 Uhr fort.

Weitere Verhandlungen.

Brest-Litowsk, 20. Jan. Die deutsch-österreichisch-ungarischen Wirtschaftskommissionen hielten gestern mit der russischen und ukrainischen Wirtschaftskommission Besprechun-

gen ab, die befriedigend verliefen. Die vertraulichen politischen Beratungen mit den ukrainischen Delegierten wurden fortgesetzt.

Die Auflösung der russischen Front.

Berlin, 18. Jan. (W.B.) Folgender, für die Auflösung in Russland typischer Spruch wurde hier aufgefunden: An alle Stationen mit allen Mitteln und an alle Eisenbahnen auf jedem Wege! — Kameraden! In schwerer Stunde wenden wir uns an euch im Namen der hungernden Armee. Nur noch eine geringe Anstrengung, nur ein wenig Geduld in diesen fürchterlichen Minuten. An der Front ist keine Verpflegung vorhanden, es gibt keine Lebensmittel. Die Regimenter leiden buchstäblich Hunger. Die Zukunft des Landes, die Zukunft der Revolution ist in euren Händen. Eure Geduld ist durch die Ueberfälle plündernder Vandalen erschöpft; aber beißt die Zähne zusammen, und — im Namen des Volkswohles, im Namen der in Qualen darniederliegenden sozialistischen Staatsordnung — eilt uns zur Hilfe in dieser Stunde! Mit den Räubern werden die Soldaten der sozialistischen Armee des Russlands der Arbeiter und Bauern unbarmherzige Wrochungen halten. Sie werden es nicht zulassen, daß die Nichtswürdigen den Namen des Volkes beschimpfen und das Glück der Mitbürger (?) vernichten. In den nächsten Tagen werden wir mit der Waffe in der Hand eure Arbeit beschirmen. Gebt uns aber Zeit und berückichtigt den Ernst der Stunde. Strengt in dieser entscheidenden Minute noch einmal alle Kräfte an. Gebt der Front Brot und Fourage; rettet sie vor äußerstem Hunger! Nur eine bis zum äußersten angelegte Arbeit kann die Revolution retten. Jeder einzelne muß durchhalten, und alle müssen im Namen der Zukunft zu Hilfe eilen. Jeder auf seinem Posten, jeder an seiner Stelle, im Namen der Revolution! Das Zentralkomitee für die Versorgung und Verpflegung der Armee; das allrussische Verpflegungskomitee; der Rat der Volkskommissare für militärische Angelegenheiten; der Kommissar für das Befehrswesen.

Der Sonderberichterstatter des „Tendy“ in Petersburg teilegraphiert: Es herrscht hier allgemein eine gewisse Unruhe. Seit Samstag haben die Straßenbahnen ihren Verkehr wegen Brennmaterialmangels eingestellt. In der Garnison beginnt sich eine Spaltung bemerkbar zu machen, und die Regierung dürfte kaum mehr in dem Maße auf sie zählen können, wie vor einem Monat. Die „Pravda“ erklärt der gesetzgebenden Versammlung offen den Krieg, wenn sie nicht die konstitutionelle Republik der Sowjets und alle von den Maximalisten bis dahin getroffenen Maßnahmen ratifiziert, namentlich die Sozialisierung der Banken und Fabriken, die Bemühungen zum Abschluß eines Friedens, Auflösung der Kredite ohne Entlastung der besitzenden und bürgerlichen Klassen und Bewaffnung der Arbeiter und Bauern. Im Taurischen Palast arbeiten nur noch wenige bolschewistische Beamte. Die revolutionären Sozialisten und die gemäßigten Parteien appellieren an das Volk, es möge der gesetzgebenden Versammlung vertrauen und von den Völkern die Veranstaltung pazifistischer Kundgebungen verlangen. Die Ukraine schließt sich den Sozialisten an.

Die Londoner „Daily Mail“ meldet aus Petersburg, daß die bolschewistische Regierung dem russischen Gesandten in Jassy Befehl erteilt habe, seine Amtstätigkeit einzustellen und Jassy zu verlassen.

Die verfassunggebende Versammlung.

Petersburg, 18. Jan. (W.B.) Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur. Um 4 Uhr nachmittags ist im Taurischen Palast die verfassunggebende Versammlung von dem Vorsitzenden des Hauptausschusses der Arbeiter, Soldaten- und Bauernräte eröffnet worden, der eine Erklärung des Hauptausschusses verlas.

Die Petersburger Telegraphen-Agentur meldet: Die verfassunggebende Versammlung hat Tschernow mit 24 gegen 151 Stimmen, die auf Frau Spiridowna fielen, zum vorläufigen Vorsitzenden gewählt.

Neuermeldung. Vier Stunden vor der Eröffnung der Konstituante griff eine maximalistische Truppe eine Prozession des Bundes zur Verteidigung der gesetzgebenden Versammlung an und riß die Fahne herunter. Dem ersten Befehl zum Feuern wurde durch Maschinengewehrfeuer Folge geleistet. Mehrere Personen wurden getötet, darunter ein Mitglied des ausführenden Ausschusses der Bauerndeputierten Bogdanow. Viele Personen, darunter mehrere Frauen, wurden verwundet.

Nach einer Meldung der „Neuen Korrespondenz“ berichtet der Korrespondent der „Daily News“ aus Petersburg, daß sich dort eine antimaximalistische Erhebung vorbereiten scheint. Die Kommission der Bolschewiki für die Sicherheit der Hauptstadt hat eine Proklamation erlassen, in der sie die Bevölkerung zur Ruhe ermahnt und mit-

teilt, es sei ein Komplotz entdeckt worden mit dem Zweck, die Autorität des Kommandanten zu brechen. Das Komplotz hätte am Freitag zur Durchführung gelangen sollen. Es sollen sich Kerenski, Hilomont und Stawinski die sich, wie gemeldet, in Petersburg befinden, an der Spitze des Komplotzes befinden. In der Stadt ist der Belagerungszustand verhängt; die Zugänge zum Taurischen Palast sind besetzt.

Die „Neue Korrespondenz“ meldet aus Petersburg: Das Smolny-Institut dementiert die Nachricht, daß Befehl zur Verfassung des Königs von Rumänien gegeben worden sei. Es wird jedoch beigefügt, daß das Smolny-Institut sehr ernste Maßnahmen ergreifen würde, wenn sich Rumänien dem Ultimatum nicht unterwerfe.

Die Justiz der Volkshewiki.

Amsterdam, 19. Jan. Der frühere Minister Borevitch ist, wie Reuters aus Petersburg meldet, zu vier Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden mit dem milden Zusatz, daß er schon nach einem Jahre freigelassen werde, wenn er dann verspreche, nichts mehr gegen die Volkshewiki zu unternehmen. (Ein neuer Beweis, wie recht General Hoffmann hatte, als er in Breslau auf die Unduldsamkeit und Nachlässigkeit der Volkshewiki hinwies.)

Deutschland.

Die Rede des Kanzlers für Donnerstag bevorstehend.

Berlin, 20. Jan. Nach der „B. J. a. M.“ ist nunmehr bestimmt, daß Reichskanzler Graf Hertling seine angekündigte Rede im Hauptauschuß des Reichstages am Donnerstag nachmittags 3 Uhr halten wird. Der Hauptauschuß wird am Donnerstag die allgemeine politische Debatte wieder aufnehmen. An dieser Debatte wird auch Staatssekretär v. Kühlmann, der heute von Breslau hier eintrifft, teilnehmen; ebenso wie Graf Tjerno, der nach Wien abgereist ist, benutzte auch Herr v. Kühlmann die durch die Abreise eingetretene Pause, um mit den politischen Kreisen der Heimat wieder in persönliche Verbindung zu treten. Morgen findet eine Besprechung zwischen dem Staatssekretär und den Parteiführern statt. Die allgemeine politische Debatte im Hauptauschuß dürfte drei Tage dauern und der Hauptauschuß sich sodann am Samstag, wenn nicht unerwartete Ereignisse eintreten, auf einige Zeit vertagen, bis die weitere politische Entwicklung den Wiederausammentritt erwünscht und erforderlich erscheinen läßt.

v. Batoki wieder Oberpräsident von Ostpreußen.

Berlin, 20. Jan. Wie die „Post. Ztg.“ hört, ist der Wirkliche Geheimrat Teslowicz von Batoki-Frybe als Nachfolger des zum Chef der Zivilkammer ernannten Oberpräsidenten von Berg auf seinen früheren Posten als Oberpräsident in Königsberg berufen worden.

Der Artikel des „Freundenblatts“ über Bälou.

Berlin, 20. Jan. (W. B. Antik.) Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt redaktionell: Wie wir hören, wird in amtlichen Kreisen der Vorstoß des Wiener „Freundenblatts“ gegen den Fürsten von Bälou durchaus mißbilligt. Von einer Absicht des Fürsten Bälou, dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kühlmann Schwierigkeiten zu bereiten oder an seine Stelle zu treten, ist hier nichts bekannt. Sollten derartige Gerüchte von Deuten verbreitet werden, die es sich zur Aufgabe gestellt zu haben scheinen, unsern Unterhändler in Breslau-Trowitz in der öffentlichen Meinung herabzusetzen und ihm bei der Erfüllung seiner schweren Aufgabe Schwierigkeiten zu bereiten, so steht fest, daß Fürst Bälou seinem Treiben fernsteht. Es ist bedauerlich, daß von der Presse des verbündeten Landes diese Angelegenheit in einer Weise behandelt wurde, die einer Einmischung in deutsche Angelegenheiten nahekommt. Es ist daher begreiflich, daß die deutsche Presse, unabhängig von ihrer Stellung zu der politischen Persönlichkeit des Fürsten Bälou, sich hiergegen wendet.

U-Bootsmeldung.

Berlin, 19. Jan. (W. B. Antik.) Eines unserer Unterseeboote, Kommandant Kapitän-Leutnant Ekmann hat kürzlich sechs durchwundene Dampfer mit rund 83 000 Bruttoregistertonnen vernichtet. Die Mehrzahl der Schiffe wurde in der Irischen See, teils einzeln, teils in Geschwadern unter starker Sicherung fahrend, abgeschossen, unter ihnen ein etwa 12 000 to großer Dampfer, ähnlich dem „Africa“-Typ.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

Lloyd George redet!

Basel, 20. Jan. Am Freitag fand in London, einer Reutersmeldung zufolge, eine Sitzung der Delegiertenkonferenz der „Trade Unions“ statt, die einberufen worden war, um die Vorschläge der Regierung in Bezug auf die Truppenbestände zu prüfen. Die Beratung war geheim. Es wurde jedoch, nach der Sitzung ein amtlicher Bericht von Reuters über die Rede veröffentlicht, die Lloyd George an die Kongreßteilnehmer richtete. Der Premierminister machte folgende Ausführungen:

Ich bin gekommen, um Ihnen im Namen der Regierung und des Landes für die Haltung zu danken, die Sie in Ihren Besprechungen mit den Vertretern der Regierung angenommen haben. Es herrschte auf beiden Seiten die gleiche Offenheit. Folgendes ist der Standpunkt der Regierung: Es wäre verfehlt, Leute aus der Industrie eine Stunde früher zurückzulassen, als nötig ist. Andererseits wäre es Verrat gegenüber dem Staate, gegenüber dem Lande, gegenüber der Demokratie und gegenüber der Sache der Freiheit, wenn wir im Falle des Bedarfs diese Forderung nicht stellen. Wie ist die Lage? Ich vermute, daß hier alle Anwesenden fest davon überzeugt sind, daß die von der großen Arbeiterkonferenz proklamierten Kriegsziele das Mindestmaß der Gerechtigkeit darstellen, mit der Sie sich bei der Regelung nach dem fürchterlichen Weltkrieg einverstanden erklären können. Wenn wir nicht zustimmen, sind die deutschen Armeen zu besiegen, wenn wir nicht fähig sind, der Militärmacht Preußens erfolgreich Widerstand zu leisten, glaubt dann irgend jemand, der im Besitz seiner geistigen Fähigkeiten ist, daß diese Bedingungen — selbst die geringste unter Ihnen

— durchgesetzt werden können? Ich spreche nicht von den Forderungen der Imperialisten oder der Vertreter der extremen Kriegsauffassung, die sowohl die Erde als den Himmel zu annektieren wünschen. Ich spreche von den gemäßigten Forderungen,

die dem durchgehenden Geiste dieser Versammlung entspringen sind. Versuchen Sie mit Ihren Forderungen, an Hindenburg zu gelangen! Versuchen Sie diesen Scheit auf der Hindenburg-Bank einzulösen! Man wird ihn Ihnen unbezahlt zurückgeben. Welches auch die Friedensbedingungen sein mögen, die irgend ein pazifistischer Redner unter Ihnen aufstellt, niemals werden Ludendorff, der deutsche Kaiser oder irgend einer dieser Machthaber sie annehmen, wenn man sie nicht dazu zwingen kann. Ich war fest davon überzeugt, daß die Stunde gekommen sei, neuerdings unsere Kriegsziele bekanntzugeben und sie in einer solchen Weise zu verkündigen, daß sich uns die Vertreter aller gemäßigten und vernünftigen Anschauungen im eigenen Lande und in allen anderen Ländern anschließen könnten. Fast gleichzeitig, ohne daß es uns möglich ist, uns vorher darüber zu beraten, haben Wilson und ich im wesentlichen ein gleiches Friedensprogramm aufgestellt, das geeignet ist, dem Krieg ein Ende zu bereiten. Wie ist dieses Programm aufgenommen worden? Es wurde in allen Ländern der Alliierten mit Beifall begrüßt. Es sind kaum einige Kritiken laut geworden, mit Ausnahme etwa von denjenigen Personen, die gewünscht hätten, daß ich größere Forderungen stelle. Sowohl die Sozialisten Frankreichs, wie die Sozialisten Italiens, wie auch die Sozialisten Englands waren der Ansicht, daß dieses Programm im ganzen genommen vernünftige Vorschläge enthalte. Wie wurde

unser Programm in Deutschland aufgenommen?

Ich lenke hier besonders die Aufmerksamkeit derjenigen auf diesen Punkt, die sich dem Glauben hingeben, daß wir für die Fortsetzung des gegenwärtigen Unglücks verantwortlich sind. Ich möchte es mit meinem Gewissen nicht vereinen, daß dieser Krieg eine Sekunde länger dauert, als es möglich ist, ihn in ernstlicher Weise zu beenden. Wie wurde nun unser Programm in Deutschland aufgenommen? Der einzige Kommentar, der gemacht wurde, war folgender: „Seht, wie England schwach wird! Seht den Krieg fort und England wird noch weiter nachgeben!“ Es erfolgte keine einzige Antwort irgend einer Person, die in Deutschland eine Stellung einnimmt, die den Wunsch der Regierenden dieses Landes zum Ausdruck bringen kann, das Programm im Geiste der Botschaftlichkeit und Billigkeit zu prüfen. Wie verlangter die Wiederherstellung Belgiens. Gibt es hier irgend jemand, der einen Frieden schließen will, ohne daß Belgien wiederhergestellt und das Unrecht wieder gutgemacht wird, das man ihm zugefügt hat? (Rufe: Nein!) Welches ist die Antwort in diesem Punkt? Es wurde nur eine Antwort gegeben, die aus dem tiefstem Herzen kam, die von Tirpitz und die war folgende: „Keinmal!“ Als ich ausführte, daß Mesopotamien und Palästina nicht mehr unter der Tyrannei der Türken kommen sollten, welches war die deutsche Antwort darauf? Sie lautete so: „Wir werden den Krieg fortsetzen, bis diese Länder wiederhergestellt sind.“ Gibt es eine einzige Friedensbedingung, die von den „Trade Unions“ proklamiert wurde, auf die eine deutsche ernsthafte Persönlichkeit in zustimmendem Sinne geantwortet hätte? Es wurde keine einzige solche Antwort gegeben. Ich möchte Sie auf eine andere sehr bezeichnende Tatsache aufmerksam machen. Keine einzige deutsche Persönlichkeit, die der bürgerlichen Regierung angehört, hat auch nur die geringste Antwort gegeben. Ich habe davon bereits vor 14 Tagen gesprochen. Die Rede Wilsons wurde einige Tage später gehalten. Die beiden Reden wurden von den deutschen Zeitungen ausführlich besprochen. Es hat jedoch kein einziger Minister irgend ein Wort darüber geäußert. Es gab nur schweigmäßige Konferenzen. Hindenburg und Ludendorff wurden in aller Eile von ihren Armeen weg nach Berlin berufen. Kühlmann jedoch hat man nicht erlaubt, zu sprechen. Warum? Wenn dies irgend eine Bedeutung hat, so bedeutet es dies: Es sind die militärischen Machthaber, die in Preußen herrschen. Die Antwort, die darauf im Interesse der Billigkeit gegeben werden muß, ist eine Antwort, die aus den Schländen der Kanonen kommt. Wir dürfen uns keiner Illusion hingeben. Dies wäre ein Fehler. Sie könnten ebensogut aufhören, zu kämpfen, wenn Sie nicht entschlossen sind, gut zu kämpfen, denn dies würde einer Ermordung unserer tapferen Kinder gleichkommen, die seit drei Jahren im Felde stehen. Sie stehen

vor folgender Alternative:

entweder den Kampf mit allen Kräften fortzusetzen oder aber das Beispiel der russischen Armee nachzuahmen und unseren tapferen Soldaten zu sagen, daß sie nach Hause zurückkehren können, wenn es ihnen beliebt, und daß niemand sie daran hindern werde. Glauben Sie mir, wenn es Leute gibt, die sagen, sie würden nicht in die Schützengräben gehen, dann haben die Leute, die sich in den Gräben befinden, das Recht zu sagen: „Auch wir brauchen es nicht länger auszuhalten, auch wir werden nicht mehr bleiben.“ Nehmen Sie einmal an, daß sie dies täten. Dies würde den Krieg beendigen. Aber was wäre das für ein Ende? Als die russischen Soldaten den Krieg einstellten und sich der Bedrückung hingaben, begnügten sie sich damit, mit Angehörigen der deutschen Armee über die großen Ideen und die großen Prinzipien zu plaudern. Was machten aber die Deutschen? Zogen sie sich zurück? Nein, sie eroberten Riga und die Inseln. Die Verhandlungen hinderten sie nicht daran, vorzurücken, und wenn Petersburg näher gewesen wäre, hätten sie auch Petersburg genommen. Die Häfen des Kermelkanals befinden sich nicht sehr weit von der Feuerlinie weg. Wenn wir nicht bereit sind, mit der ganzen Macht den Leuten, die gegenwärtig Deutschland beherrschen, Widerstand zu leisten, werden sie morgen die Herrschaft über die Welt antreten, wenn wir es ihnen ermöglichen. Großbritannien, die britische Demokratie, die französische Demokratie, die europäische Demokratie wären auf Gnade und Ungnade der grausamsten Militärdiktatur ausgeliefert, die die Welt je gesehen hat. Wenn wir nicht gewillt sind, den Krieg fortzusetzen, welche Friedensbedingungen werden wir dann wohl von Hindenburg erhalten? Schicken Sie

eine Abordnung zu Hindenburg,

um ihm zu sagen: „Wir wollen, daß Sie sich aus Belgien zurückziehen.“ Dann wird er Ihnen sagen: „Sie können mich nicht aus Belgien vertreiben mit Resolutionen, die von den „Trade Unions“ angenommen werden.“ Ich will Ihnen die Antwort sagen, die Sie Hindenburg dann geben können: „Wir können Sie aus Belgien vertreiben, wir werden dies mit den Kanonen der „Trade Unions“ und mit den Anhängern der „Trade Unions“, die sich hinter ihre Kanonen stellen, tun. Die Männer der „Trade Unions“

haben bereits die Hindenburglinien durchbrochen.“ Wenn wir uns von dem Geiste unserer Vorfahren leiten lassen, von dem Geist, dem unser Land so Großes in der Vergangenheit verdankt und der es in der Zukunft noch größer machen wird, werden wir endgültig die großen Ziele erreichen, wie sie die englische Regierung in ihrer Sprache und Präsident Wilson in seiner Sprache in den letzten Tagen bekannt gegeben haben. Geben wir uns jedoch keinen Illusionen hin, nehmen wir die Welt, wie sie ist. Die Geschichte der Demokratie beweist folgendes: keine Demokratie hat den Zeitpunkt lange überlebt, an dem ihre Anhänger darauf verzichteten, für sie in den Tod zu gehen. Das ist der Appell, den ich an Sie richte. Gestern abend wurden diese Maßnahmen im Unterhaus beschlossen, ohne daß sich eine einzige Stimme gegen sie erhob. Was ist die Demokratie? Die Demokratie ist die Regierung durch den Willen der Volksmehrheit. Wenn irgend eine Berufsart, wenn irgend eine Gruppe oder Klasse verlangt, daß man sie von den Verpflichtungen entbinde, die den andern auferlegt sind, so bedeutet das einen fundamentalen Umsturz der demokratischen Prinzipien. Es würde dadurch eine neue Aristokratie ins Leben gerufen. Wir haben in der Vergangenheit, Sie und ich, gegen die Vorrechte angeknüpft. Ich hoffe, daß wir auch ferner für dieselbe Sache kämpfen, indem wir die Privilegien zurückweisen, die von einer Militärdiktatur gefordert werden. Die Demokratie hat, wenn dies Wort nicht ohne Sinn sein soll, die Bedeutung, daß die Angehörigen aller Stände und aller Berufsarten auf ihre Vorrechte, auf ihre besonderen Vorrechte verzichten, um sich dem allgemeinen Gesetz unterzuordnen („Und die Reichen! ruft eine Stimme.) Lloyd George antwortet: auch die Reichen müssen sich unterwerfen, ohne Zweifel. Ich komme zum Schluß: Wenn jemand der meinen Platz einnimmt, irgend eine ehrenhafte und gerechte Lösung zu finden weiß, um aus diesem Konflikt ohne den Kampf hervorzugehen, so möge er dies aus Liebe zu Gott sagen. Meine eigene Überzeugung ist die, daß es nur die eine Alternative gibt: weiterzukämpfen oder zu unterliegen.

Hierauf lud Lloyd George die Delegierten der Arbeitersyndikate ein, an ihn Fragen zu stellen. Einer von ihnen ersuchte Lloyd George um eine kurze Erklärung, wie er die Wiederherstellung der Lage

Elisavethringen

verstehe. Lloyd George antwortete: Ich habe kürzlich, wie ich glaube, mit Klarheit die Ansichten der Regierung in dieser Frage auseinandergesetzt. Meiner Anschauung nach muß das englische Volk an der Seite des französischen Volkes stehen, das die Frage selbst entscheiden soll. Sie müssen sich erinnern, daß es sich für das französische Volk nicht nur um eine territoriale, sondern um eine vitale grundsätzliche Frage handelt. Elsass-Lothringen war wie eine offene Wunde in der Seite Frankreichs während fast 50 Jahre. Niemals konnte es während dieses ganzen Zeitraumes in Frieden leben, und es weiß, daß es ihm unmöglich ist, den Frieden zu haben, bis diese Frage ein für alle Mal gelöst ist. Wenn Sie nicht den Frieden für Frankreich erhalten können, so werden Sie den Frieden in Europa nicht haben. Die Ansicht der englischen Regierung ist, daß das französische Volk, das an dieser Frage ein Interesse erster Ordnung hat, entscheiden soll, was es als gerecht betrachtet. Für Lloyd George ist es vollständig außer Zweifel, daß die erdrückende Mehrheit der wirklichen Elsass-Lothringler für die Wiedervereinigung unter das französische Banner ist. Erlauben Sie mir, so sehr Lloyd George fort, ein persönliches Erlebnis in Erinnerung zu rufen: Ich erinnere mich, als ich einmal in Elsass-Lothringen war und die Bogen aufsuchte, es war spät am Abend und wir stiegen in einer Herberge auf der französischen Seite ab. In der Nähe, ein oder zwei Meilen entfernt, befand sich die deutsche Grenze, und die alten Leute, die die Herberge hielten, sagten uns, daß jeden Sonntag die Arbeiter und Bauern von der deutschen Seite auf die französische Seite kämen einzig in der Absicht, ihren Sonntag auf Frankreichs Boden zuzubringen.

Ein anderer Delegierter fragte: glaubt der Premierminister nicht, daß es gut wäre,

Verhandlungen mit den Deutschen anzuknüpfen?

Lloyd George erwiderte: Von dem Augenblick ab, wo die Deutschen die kleinste Geneigtheit zeigen werden, über einen Frieden auf billiger Grundlage zu verhandeln — die Bedingungen eines solchen Friedens wurden auseinandergesetzt und sind die Bedingungen, die die Arbeiterpartei selbst im wesentlichen angenommen hat — so wird auf unserer Seite nicht der geringste Widerspruch gegen die Anbahnung von Friedensverhandlungen vorhanden sein.

Ein Ultimatum der Arbeiter?

Genf, 19. Jan. Die sozialistische „Berner Tagwacht“ meldet aus London auf privatem indirektem Wege: Der Metallarbeiterverband von England und Schottland hat der englischen Regierung ein Ultimatum gestellt, worin er mit dem revolutionären Gesamtzustand droht, falls die Behörden vor Ende des Monats verschieben, eine allgemeine Friedenskonferenz einzuberufen. Die bürgerliche Presse ist natürlich über die Drohung entrüstet, denn dadurch läme die ganze Kriegsmaschine zum Stillstand, da die Herstellung von Schiffen, Munition und Flugmaschinen vollständig lahmgelegt würde. Im Parlament bedroht Minister Sir Auckland Geddes die „unpatriotischen Verräter“ der Metallindustrie schon mit dem Fluße der ganzen Nation und noch wirkungsvolleren Maschinengewehren.

Die Tagesberichte.

Der deutsche amtliche Bericht.

Großes Hauptquartier, 19. Jan. (W. B. Antik.)

Westlicher Kriegsschauplatz:

Lebhafte Artilleriekämpfe im Stellungsbogen östlich von Ypern, auf dem Südring der Scarpe und in der Gegend von Waudres. Auch an vielen Stellen der übrigen Front, namentlich zu beiden Seiten der Maas, war die Feuerkraft gesteigert. Wirklich Besondere waren Stochtrupps Gefangene aus den französischen Linien.

Ostlicher Kriegsschauplatz:

Nichtes Neues.

Mazedonische Front.

Im Cernabogen lag unsere Höhenstellung vorzüglich von Paralovo tagsüber unter Artillerie- und Minenfeuer.

Italienischer Kriegsschauplatz:

Die Lage ist unverändert.

Der alte Generalquartiermeister: Ludendorff.

Großes Hauptquartier, 20. Jan. (W.B. Amtlich)

Deutscher Kriegsschauplatz:

Die Front wurde von See her beschossen. Heftige Artilleriekanone banterten im Stellungsbogen nordöstlich von ... bis spät in die Nacht hinein an.

Deutscher Kriegsschauplatz:

Die Front wurde von See her beschossen. Heftige Artilleriekanone banterten im Stellungsbogen nordöstlich von ... bis spät in die Nacht hinein an.

Der erste Generalquartiermeister: Lubenworf.

Der deutsche Abendbericht.

Berlin, 20. Jan., abends. (W.B. Amtlich)

Der erste Generalquartiermeister: Lubenworf.

Ein italienischer Vorschrei.

Nach dem gewaltigen Zusammenbruch am 3. März, in folgenreicher Auswirkung, noch durch den einseitigen Winter verschärft werden, fühlt auch Italien die ganze ... und Härte des Krieges, um so mehr, als es in ...

Es muß offen herausgesagt werden, daß das durchschlagende Argument der italienischen Pazifisten darin besteht, die ...

Die Eisenbahnen in Italien und viele wichtige ...

Die Eisenbahnen in Italien und viele wichtige ...

Die Eisenbahnen in Italien und viele wichtige ...

Die Eisenbahnen in Italien und viele wichtige ...

Die Eisenbahnen in Italien und viele wichtige ...

Wische Hartberzigkeit beklagen. England kann nämlich nicht mehr helfen, weil es sich selbst kaum noch helfen kann und mit schweren Sorgen in die Zukunft sieht.

Lokales und Provinzielles.

* Heldentod. Am Tage vor Weihnachten fiel nach 17 Siegen im Luftkampf einer unserer erfolgreichsten Kampflieger, Leutnant d. R. Ernst Heß.

— Einberufung der Kommunal-Landtage. Der Provinziallandtag der Provinz Hessen-Nassau ist zum 1. Mai d. J. nach der Stadt Kassel, der Kommunal-Landtag des Regierungsbezirks Kassel zum 20. April d. J. nach der Stadt Kassel, der Kommunal-Landtag des Regierungsbezirks Wiesbaden zum 6. Mai d. J. nach der Stadt Wiesbaden einberufen worden.

— Unterrichts-Kursus für Schuhmacher des Kreises. Auf behördliche Veranlassung hat die Kreisbildungsstelle Herrn Schuhmachermeister Schlappig-Dillenburg zu einem achtwöchigen Kursus der Erziehungsgesellschaft nach Berlin entsandt.

— Die Einschränkungen im Eisenbahnbetrieb. Von der Einführung der sog. „Urtauberscheine“ für Reisen glaubt die Eisenbahnverwaltung nach wie vor absehen zu sollen.

— Die Einschränkungen im Eisenbahnbetrieb. Von der Einführung der sog. „Urtauberscheine“ für Reisen glaubt die Eisenbahnverwaltung nach wie vor absehen zu sollen.

Roth, 18. Jan. Am 16. d. Mts. wurde auf der Verkehrsstraße Herborn in hiesiger Gemarkung eine unbekannte männliche Leiche gefunden.

Niederschelden, 20. Jan. Seit dem Jahre 1890 hat unser Ort nicht wieder eine solche Ueberschweemung erlebt, wie am Mittwoch.

Wächtersbach, 19. Jan. Vor einigen Tagen erging sich auf dem hiesigen Bahnhof ein Geschäftsreisender mit einem großen Koffer.

Dillhausen, 19. Jan. Der Agt. Förster Heinz, Johannsbürg, erlegte im Staatswald der Oberförsterei Johannsbürg einen starken Reiter.

Gießen, 20. Jan. Wegen verbotenen Raubs in drei Fällen hatte sich der 13jährige Schüler A. N. von Gießen, der schon verurteilt und als 3. St. im Rettungsheim ...

Wiedenkopf, 19. Jan. In der Stadtverordnetenversammlung vom 17. Januar wurde zum Stadtverordnetenwiderum Buchhalter Karl Brühl einstimmig und als Stellvertreter Schlossermeister Vanß wiedergewählt.

turen und Waldwegebau von 3500 M. auf 6000 M. erhöhe. Bei dieser Gelegenheit wird dem Magistrat empfohlen, zur Herstellung von Möbeln für Kriegsgeordnete aus dem gegenwärtigen Winterholz eine angemessene Menge Hüttenholz zu billiger Preise zur Verfügung zu stellen.

— Ljmburg, 18. Jan. In der vergangenen Nacht wurde in dem Baden des Manufakturwarengeschäfts Saalfeld an der Geibenstraße ein Einbruch verübt.

— Höchst, 19. Jan. In einem Quartier am Schloßplatz hob die Polizei ein Spielernest an.

Wiedrich, 19. Jan. Auf das in den letzten Tagen beobachtete fortgesetzte Schwanen des Rheinwasserstandes ist seit dem 16. ds. Mts. ganz urplötzlich ein mächtiges Steigen des Wassers erfolgt.

Der hohe Wasserstand wirkte wie mit einem Schlage überaus besorgend auf den Großschiffsverkehr ein. Während es vor wenigen Tagen noch recht still auf dem Strome war und nur selten ein Schleppzug mit flachgehenden Schiffen von knapp halber Ladung stromaufwärts ging, zeigte sich gestern der Strom so belebt wie selten seit vielen Monaten.

Letzte Nachrichten.

Berlin, 20. Jan. (Z. l. Amtlich.) Im westlichen Teil des Sperrgebietes um England fügten unsere raublos tätigen U-Boote dem Gegner einen Verlust von 19 000 Brutto-Register-Tonnen Handelschiffraum zu.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Auflösung der konstituierenden Versammlung.

London, 20. Jan. (W.B.) Reuter meldet aus Petersburg vom 19. Januar: In der konstituierenden Versammlung verlas Sverdrup die Erklärung der Arbeiterrechte. Diese verlangt, daß die russische Republik der Sowjets das Privateigentum abschafft und das Eigentum der Arbeiter an ihrer Arbeit und den Arbeitszeugen einführt.

Die zurückbleibenden Sozialrevolutionäre der Rechten nahmen trotz der Drohungen der bewaffneten Matrosen in aller Eile ihre Maßnahmen betreffend den Grund und Boden an, sowie den Vorschlag, an die Kriegsführenden Abordnungen zu schicken, um einen Waffenfrieden herzustellen.

Petersburg, 21. Jan. (W.B.) Meldung der Petersburger Telegraphenagentur. Nachdem die verfassunggebende Versammlung nach 11/2stündiger Beratung gegen die Erklärung des ausführenden Zentralkomitees abgestimmt hatte, entfernten sich die Bolschewiki.

Neue Straßenkämpfe in Petersburg.

Lugand, 21. Jan. Der Petersburger Korrespondent des „Corriere della Sera“ meldet: In der Nacht vom Freitag wurden hunderte von Verhaftungen vorgenommen. Freitagvormittag gegen 11 Uhr begannen in verschiedenen Stadtteilen Straßenkämpfe mit Militär und Maschinengewehrfeuer.

früher immer größeren Unruhen vorausging. Die Bolschewiki sehen dem Kampf optimistisch entgegen. Die „Times“ melden aus Petersburg: Die Banken von Petersburg erhielten Befehl der Regierung, rumänische Anweisungen nicht mehr auszugeben. Die Rumänen verlassen fluchtartig Petersburg. Die Intervention der Ententebotschafter wurde von Lenin zurückgewiesen.

Rücktritt des Ministerpräsidenten v. Seidler.

Berlin, 21. Jan. Aus Wien wird der „Morgenpost“ gemeldet, daß Ministerpräsident v. Seidler sein Rücktrittsgesuch eingereicht hat. Der Minister des Innern, Toggenburg, wurde vom Kaiser mit der Kabinettsbildung beauftragt.

Beamtin, Schriftleiter: Herrn. Schreiber in Dillenburg.

Amtlicher Ceil.

Verkauf von Stallung.

Wir Rücksicht auf die besondere Bedeutung, die im Interesse unserer Volksernährung einem gesteigerten Anbau von Gemüsen im kommenden Frühjahr beizumessen ist, habe ich es für geboten, daß gleichwie im Vorjahre der Stallböden von Militärpferden in den nächsten Monaten in erster Linie zu Gunsten des Gemüseanbaues Verwendung findet.

Ich bestimme daher folgendes:

1. Sämtlicher Dünger von Militärpferden veritener Truppenente, der im Bereich des 18. A. S. in den Monaten Januar, Februar und März vorhanden ist bzw. anfällt, ist, soweit er nicht von diesen Truppenteilen im eigenen Betrieb notwendig gebraucht wird, unmittelbar unter Ausschaltung jeglichen Zwischenhandels, an Gemüsezüchter, Handelsgärtnerbetriebe, die die Anzucht von Frühgemüse betreiben, sowie an Landwirte, welche regelmäßig Gemüsebau betreiben, abzugeben. Als Gemüse gelten in dieser Hinsicht auch Frühkartoffeln.

2. Etwas eingegangene anderweitige Verträge bleiben zunächst bestehen, sind jedoch bis zum 15. Januar pünktlich unter Angabe aller wesentlichen Bedingungen dem stellv. General-Kommando, Abt. VII, zu melden, soweit dies nicht schon gemäß Verfügung IV n. VII 3245 vom 2. 17 (R. V. M. S. 2477, Nr. 274) geschehen ist.

3. Die veritener Truppenteile dürfen den Dünger nur an solche Personen abgeben, die eine von der Kriegswirtschaftsstelle (Landrat, Kreisamt), in Stadtkreisen von der Stadtverwaltung ausgestellte Bezugsbescheinigung auf eine bestimmte Menge haben.

4. Die veritener Truppenteile haben nach Möglichkeit den Dünger selbst abzuführen, soweit es sich um Lieferung an Gemüsezüchter usw. handelt; die Beschaffung der Kriegswirtschaftsstelle bzw. der Stadtverwaltung hat gegebenenfalls einen Vermerk zu enthalten, daß den Gemüsezüchtern das Abholen unmöglich ist.

5. Bei der Preisfestsetzung sind die zuletzt erzielten Friedenspreise zugrunde zu legen, zusätzlich eines Aufschlages bis zu höchstens 50 Proz., wobei die Beschaffenheit des Dünges, insbesondere die Art der Streu in Rücksicht zu ziehen ist.

6. Vorstehende Bestimmungen finden auch Anwendung auf den nach W. B. D. I. Hiffer 548 b und c anfallenden Stallböden.

7. Maßnahmen in gleicher Richtung bezüglich desjenigen Stalldüngers, über welchen nach Punkt 2 einzuliefernde Berichte abgeschlossen sind, behalte ich mir nach Eingang der angeforderten Meldungen vor.

Niedel.

Anordnung der Landeszentralbehörden.

Auf Grund der Verordnung des Bundesrats zur Ergänzung der Bekanntmachung über die Errichtung von Kreisprüfungsstellen und die Versorgungsregelung vom 25. September 1915 (R. V. M. S. 607) vom 4. November 1915 (R. V. M. S. 728) und auf Grund der Verordnung des Bundesrats über Fleischversorgung vom 27. März 1916 (R. V. M. S. 190) wird hiermit für den Umfang der Monarchie mit Ausnahme der Hohenzollernschen Lande angeordnet:

Bei Einfuhr von Jucht- und Ruzdvieh aus einem Kommunalverband in den Bezirk eines anderen Kommunalverbandes bedarf es der Genehmigung der für den Ausfuhrort zuständigen Provinzialfleischstelle, in den Regierungsbezirken Cassel und Wiesbaden der Bezirksfleischstelle. Die Provinzial-, (Bezirks-) Fleischstellen haben vor der Entscheidung über die Ausfuhrgenehmigung den Leiter des Kommunalverbandes zu hören.

Die Genehmigung zur Ausfuhr aus einem Kommunalverband darf nur erteilt werden, wenn beigebracht sind:

1. Eine von der Provinzialfleischstelle, in den Regierungsbezirken Cassel und Wiesbaden der Bezirksfleischstelle, des Bestimmungsortes becheinigte Einfuhrerlaubnis, die enthalten muß:

- a) Name, Stand und Wohnort desjenigen Tierhalters, der die Tiere einstellen will,
- b) Zahl und Art der einzustellenden Tiere und ihren Verwendungszweck,
- c) Name, Stand und Wohnort desjenigen, durch den der Kauf getätigt werden soll,
- d) die Bescheinigung des Leiters des Kommunalverbandes des Bestimmungsortes, daß nach seiner Ueberzeugung die bestimmungsgemäße Nutzung der Tiere gesichert ist und Bedenken gegen die Einfuhr nicht bestehen.

Die Einfuhrerlaubnis muß beschriftet und fortlaufend nummeriert sein. Das Landesfleischamt kann für diese Einfuhrerlaubnisse ein bestimmtes Muster vorschreiben.

2. Die vom Käufer und Verkäufer unterschriebenen, vollständig ausgefüllten Kaufanzeigen über den Verkauf der Tiere.

3. Eine Mitteilung des Verkäufers über den Verkaufsart und den voraussichtlichen Verbleib.

Die Ausfuhrgenehmigung ist von der Provinzial- (Bezirks-) Fleischstelle schriftlich zu erteilen. Die Ausfuhrgenehmigung ist dem für den Verkaufsart zuständigen Vertrauensmann (Hauptwächter, Kreisfleischstelle) zur Ausfuhr an den Käufer (Verkäufer) zuzusenden. Der Vertrauensmann (Hauptwächter, Kreisfleischstelle) hat die zur Ausfuhr bestimmten Tiere vor der Verladung zu besichtigen und auf der Ausfuhrgenehmigung die Stückzahl und, daß die Tiere Jucht- oder Ruzdvieh der verlangten Art und kein Schlachtvieh sind, zu bescheinigen. Der Vertrauensmann (Hauptwächter, Kreisfleischstelle) hat zu verladende Kinder auf Anweisung der Provinzial- (Bezirks-) Fleischstelle mit den ihm zurstellenden Ohrmarken zu zeichnen und die Nummern der Ohrmarken auf der Ausfuhrgenehmigung einzutragen.

Das Landesfleischamt kann für die Ausfuhrgenehmigungsscheine ein bestimmtes Muster vorschreiben. Die Ausfuhrgenehmigungen müssen beschriftet und fortlaufend nummeriert sein. Sie sind bei der Verladung von der Güterabfertigungsstelle dem Verkäufer abzunehmen und an die ausstellende Provinzial- (Bezirks-) Fleischstelle zurückzusenden.

Die Provinzial- (Bezirks-) Fleischstelle des Ausfuhrortes hat der Provinzial- (Bezirks-) Fleischstelle des Bestimmungsortes der Tiere, bei außerhalb Preussens gelegenen Bestimmungsorten der Landesfleischstelle des Bundesstaates, von der erfolgten Abendung sofort schriftlich Mitteilung zu machen.

Die Provinzial- (Bezirks-) Fleischstelle des Bestimmungsortes der Tiere hat über den Verbleib der Tiere und ihre bestimmungsgemäße Verwendung zu wachen, sie hat sich von Zeit zu Zeit durch geeignete Vertrauensleute von dem Vorhandensein der Tiere zu überzeugen. Das Landesfleischamt kann Vorschriften über die Ausführung dieser Ueberwachung erlassen.

Der Verkauf und der Ankauf von Jucht- und Ruzdvieh (Minder, Käber, Schafe und Scheweine) auf Viehmärkten ist verboten, ausgenommen auf solchen Märkten, für die von der Provinzial- (Bezirks-) Fleischstelle Vorschriften über die Ueberwachung des An- und Verkaufs und des Verbleibes der gehandelten Tiere getroffen und im Regierungsamtsblatt veröffentlicht sind. Die Bestimmungen bedürfen vorher der Genehmigung durch das Landesfleischamt. Juchtvieh-Marktionen sind vorher der zuständigen Provinzial- (Bezirks-) Fleischstelle anzumelden, die die Bestimmungen über die Ueberwachung des Verbleibes der Tiere zu treffen hat.

Zusammenfassend gegen vorstehende Bestimmungen werden auf Grund des § 17 der Bekanntmachung über die Errichtung von Kreisprüfungsstellen und die Versorgungsregelung vom 25. September 1915 (R. V. M. S. 607) und des § 15 der Bekanntmachung über Fleischversorgung vom 27. März 1916 (R. V. M. S. 190) bestraft.

Jucht- und Ruzdvieh, welches entgegen diesen Vorschriften gehandelt oder aus einem Kommunalverband ausgeführt ist, unterliegt der Beschlagnahme und ist dem zuständigen Viehhändlerverbände zur Verwertung zu überweisen.

Diese Anordnung tritt mit dem 1. Januar 1918 in Kraft. Berlin, den 27. Dezember 1917.

Der Staatskommissar für Volksernährung: v. Waldow.
Der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten:
v. Eisenhardt-Rothe.

Anträge auf Ein- und Ausfuhr von Vieh sind künftig an die Bezirksfleischstelle in Frankfurt a. M. zu richten. Hierbei empfiehlt es sich jedoch, im Falle der Ausfuhr aus dem Kreis den Antrag zunächst an das hiesige Landratsamt, zu Händen der Kreisfleischstelle hier, Dammstr. 30, zu senden und in dem Antrage die oben unter 1 a, b, c verlangten Angaben zu machen und dem Antrage die unter 2 und 3 verlangten Unterlagen beizufügen.

Solange von der Bezirksfleischstelle Vorschriften für bestimmte Viehmärkte nicht erlassen sind, ist nur der Verkauf und Ankauf von Vieh Jucht- und Ruzdvieh zulässig, das im Regierungsbezirk Wiesbaden verbleibt.

Die Ortspolizeibehörden ersuche ich, den Handel auf Viehmärkten streng zu überwachen und über den Verkauf und Ankauf des Juchts- und Ruzdviehs genaue Listen zu führen und der Kreisfleischstelle täglich nach jedem Markte einzureichen. Dillenburg, den 19. Januar 1918.

Der Königl. Landrat.

Butterausgabe.

Für die Woche vom 21.—26. Januar dürfen an die Fettunterforchten 60 Gramm pro Kopf gegen Zeitkarte verabsolgt werden. Ich ersuche die Herren Bürgermeister die Gemeinde-Butterjammelfesteln mit entsprechender Anweisung zu versehen.

Dillenburg, den 21. Januar 1918.

Der Königl. Landrat.

Sechse 6 kleine Kuhwagen

zum Mit- und Fuchsfahren, Tragfähigkeit 15—20 Ctr. **Albert Sadem, Kreuztal, Kr. Siegen**

Ein gebrauchter, guterhaltener mittelschwerer **Kuhwagen**

zu verkaufen bei **Schmiedemeister R. W. Demmer, Niederroßbach, Distrikt.**

Beim, Leinol, Terpentin, Schellack, Lack, Schnitzware

in Buche, Fichte, Eichen, Kiefern laufen jeden Posten **A. W. Romy u. Co., Neuwied.**

Nach Norddeutschland wird auf **Försterei ein.**

Mann mit Frau

gesucht, die in Landwirtschaft erfahren, oder auch Vater u. Tochter. Guter Jahreslohn. Vollständig freie Verpflegung. Gutes Essen und gute Behandlung wird zugesichert. Schriftl. Bewerbungen unter H 223 an die Geschäftsstelle des Blattes.

Lüchtiges kräftiges **Mädchen**

für Hausarbeit nach Düsseldorf 215

gesucht.

Maßen, Düsseldorf, Bergenstraße 3.

Eine junge schwere Fahrkuh,

welche im März melk wird, steht zu verkaufen bei **Karl Böhrer, Alendorf.**

Ziegenlamm 8 Monate alt, 3 gelbe Italiener

Zuchthähne April-Brut sofort zu verkaufen. **Gustav Philipp, 222) Rodenbach.**

2 Zimmer und Küche auf 1. Februar zu vermieten. 92

H. Engert.

An die Schuhmacher! Ersatz-Schuh-Unterrichts-Kursus

Auf behördliche Veranlassung findet in der Woche 28. Januar—2. Februar 1918 von 9—12 und 2—5 zu Dillenburg im Saale Theater für eine Woche von 5 Markt ein Unterrichts-Kursus für alle Schuhmacher des Kreises statt. (Bei unbegründeter Nichterfolg keine Zusage von Lehrer und Rohmaterial. Es haben sich zu beteiligen die Schuhmacher

A. des früheren Amtes Dillenburg (mit Ausnahme unter O gen. Amtes Dre) am 28. u. 29. Jan.

B. des früheren Amtes Herborn am 30. u. 31. Jan.

C. aus Freiger, Allendorf, Jellerbilln, Flammberg, Guffelhain, Haigerfelbach, Heisterberg, Hirschbach, Niederroßbach, Oberroßbach, Oßfeld, Rodenbach, Steinbach, Waldbach, Wiesbaden am 1. und 2. Februar.

Mitzubringen sind Werkzeuge, Wachs- und papier, eiserner Dreifuß und Schuße zur Instandsetzung mit Ersatzsohlen.

Anmeldung bis zum 26. cr. an

die Kreisbelleidungsstelle. Geschäftsnummer: Wilhelmstr. 1. IV, (Zentrum)

Für die aus Anlaß unserer Vermählung erwiesene freundliche Aufmerksamkeit sagen wir besten Dank.

Oberscheld, den 21. Januar 1918.

Ernst Wilhelm und Frau
Ella geb. Löwenmoun.

Am Dienstag, den 22. Jan. sind meine beiden Kassen und Geschäft geschlossen.

Straßbergbach, den 20. Januar 1918.

Otto Schmitt

Guter Feuerherd

Büro-Kassenschrank,

äußere Maße 1,83x0,80x0,63 m, zu verkaufen. Anfragen unter T. 220 an die Geschäftsstelle.

Drei schwere **Fahrochsen**

zu verkaufen. 199 Näheres bei Obersteiger **Gail, Nikolausollen.**

Mittelschwere **Fahrkuh,**

Anfang Februar kalbend, zu verkaufen. 198 **W. Schwanh, Jangenaubach.**

1 schweres Simmentaler **Rind,**

zugfest, gefahren, im Febr. kalbend, steht zu verkaufen bei **Friedrich Eichert, Haigerfelbach (Distrikt).**

Dienstmädchen

gesucht. Näh. Geschäftsstelle.

Städtischer Futtermittelverkau

Dienstag, den 22. Jan. nachmittags von 2—5

Säuerfütterer gegen Zahlung in der Schule Dillenburg, 21. Jan. Der Magistrat

Bekanntmachung

Mittwoch, den 23. Jan. werden auf dem Markt Holzhalbsohlen gegen Zahlung abgegeben. Sie müssen genau angegeben die betreffende in Schuhsgröße gebracht werden.

Reihenfolge:

Nr. 1—200 v. 9—10

201—400 v. 10—11

401—600 v. 11—12

601—800 v. 2—3

801—1000 v. 3—4

1001—1200 v. 4—5

1201—Schluß v. 5—6

Dillenburg, 21. Jan. Der Magistrat

Nachruf.

Gestern Morgen verschied nach schwerem Leiden unser lieber

Herr Friedrich Sauer

im 66. Lebensjahre.

Der Verstorbene gehörte seit 27 Jahren unserem Kirchenvorstand an; seit langem ist er auch Mitglied der Kreisynode gewesen. Mit seiner schlichten und rechtenden Art hat er das Wohl der Kirchengemeinde in treuester Weise gefördert. Wir werden dem hochgeschätzten Manne stets ein ehrendes und liebendes Andenken bewahren.

Oberscheld, den 21. Januar 1918.

Der evangelische Kirchenvorstand.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 23. ds. Mts., nachmittags 4 Uhr statt.